

Übergriffe in der Partnerschaft oft „alltäglich“

Statt eines sicheren Zuhauses der alltägliche Horror: Die Zahl der Opfer häuslicher Gewalt ist erneut angestiegen. Die zuständigen Ministerinnen kündigen Maßnahmen dagegen an – doch vor allem an einer Stelle klaffen große Lücken im Sicherheitssystem.

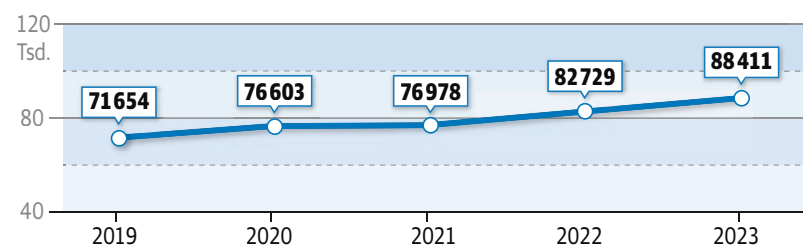
VON MEY DUDIN

BERLIN Es geht um Angriffe aus dem engsten Umfeld: Die Zahl der registrierten Opfer von häuslicher Gewalt ist im vergangenen Jahr erneut angestiegen. Wie aus einem aktuellen Bericht zur polizeilichen Kriminalstatistik hervorgeht, waren insgesamt 256 276 Menschen im Jahr 2023 offiziell von häuslicher Gewalt betroffen – 6,5 Prozent mehr als 2022. Bereits im Jahr davor hatte es einen Anstieg um mehr als acht Prozent gegenüber 2021 gegeben. Die meisten Opfer waren demnach Frauen (70,5 Prozent), drei von vier Tatverdächtigen waren Männer. Den am Freitag in Berlin vorgestellten Zahlen zufolge wurden 155 Frauen und 24 Männer im vergangenen Jahr durch ihre Partner oder Ex-Partner getötet. In den meisten Fällen ging es um vorsätzliche einfache Körperverletzung (59,1 Prozent), Bedrohung, Stalking oder Nötigung (24,6) sowie um gefährliche Körperverletzung (11,4).

Bei 65,5 Prozent der Betroffenen handelte es sich um Gewalt in der Partnerschaft. Dabei lebte etwa die Hälfte der Opfer mit der tatverdächtigen Person zusammen. Die weite-

Zahl der Fälle von häuslicher Gewalt in der Familie

Von innerfamiliärer Gewalt spricht man, wenn Opfer und Tatverdächtige Familienmitglieder oder Angehörige sind – jedoch nicht die Ehepartner oder Partner.



2023 nach Delikten, in Prozent

Vorsätzliche einfache Körperverletzung	51,0
Bedrohung, Stalking, Nötigung	23,7
Gefährliche Körperverletzung	11,8
Misshandlung von Schutzbefohlenen	5,0
Sexueller Missbrauch*	4,6
Andere Delikte	3,9

*Von Kindern, Jugendlichen und Schutzbefohlenen ab 14 Jahren

SZ-INFOGRAFIK/Anja Müller, QUELLE: POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK/DPA

ren Opfer von häuslicher Gewalt (34,5 Prozent) waren laut Statistik von innerfamiliärer Gewalt betroffen. Hierbei handelt es sich um eine Form von Gewalt, die sich beispielsweise auch zwischen Großeltern und Enkelkindern oder anderen nahen Angehörigen abspielen kann. Diese Form von Gewalt betraf 2023 laut Statistik insgesamt 78 341 Menschen.

Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) äußerte bei der Vorstellung der Zahlen erschüttert: „Die erneut deutlich gestiegenen Zahlen zur häuslichen Gewalt zeigen das erschreckende Ausmaß einer traurigen Realität. Gewalt ist ein alltägliches Phänomen – das ist nicht hinnehmbar“.

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) fügte hinzu: „Hinter jedem die-

ser Fälle verbirgt sich der Horror, im engsten Umfeld angegriffen worden zu sein, dort wo man sich eigentlich am sichersten fühlen sollte.“ Sie betonte: „Wenn Frauen getötet werden, weil sie Frauen sind, müssen wir diese Taten auch als das bezeichnen, was sie sind, nämlich Femizide.“

Die Vizepräsidentin des Bundeskriminalamts, Martina Link, sprach derweil von einem „sehr großen Dunkelfeld“. Deshalb weiß man auch nicht genau, ob die steigenden Zahlen damit zusammenhängen, dass die Attacken tatsächlich mehr Menschen betreffen oder ob mehr Fälle bekannt werden. Es sei möglich, dass die aktuellen Krisen zum Anstieg bei der häuslichen Gewalt führen, hieß es. Doch auch die Bereitschaft, Anzeige



Sie wurden bedroht, geschlagen und in einigen Fällen auch getötet: Erneut gibt es in Deutschland mehr Opfer häuslicher Gewalt – ein Großteil davon Frauen.

FOTO: DETLEF HEESE/EPP

zu erstatten, sei gerade im Umfeld der Betroffenen größer geworden.

Ministerin Paus stellte ein neues Gesetz in Aussicht. „Wir brauchen dringend ein flächendeckendes, niedrigschwelliges Unterstützungsangebot bestehend aus sicheren Zufluchtsorten und kompetenter Beratung. Dafür arbeiten wir an einem Gesetz zur Sicherung des Zugangs zu Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt“, erklärte sie. Dieses sogenannte Gewaltilfgesetz werde „die Grundlage für ein verlässliches und bedarfsgerechtes Hilfesystem bei häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt schaffen.“ Das Regelwerk soll noch in dieser Legislaturperiode kommen. Bis dahin bleibt die Lage schwierig.

Nach Angaben der Geschäftsführerin des Vereins Frauenhauskoordinierung, Sibylle Schreiber, haben Frauenhäuser selten länger einen freien Platz. „Entweder stehen bei ihnen schon Frauen auf der Warteliste oder der Platz ist in kurzer Zeit von aktuell anrufenden Frauen wieder besetzt“, sagte sie unserer Redaktion. „Von den hilfesuchenden Frauen wissen wir, dass sie immer viele verschiedene Frauenhäuser durchtelefonieren müssen, um dann endlich irgendwo einen Platz zu ergattern. Das ist in einer solch schwierigen Situation demotivierend und schlicht würdelos.“

Die stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende, Dorothee Bär (CSU), kritisierte derweil: „Das Thema Frauen rangiert leider ganz unten auf der

Prioritätenliste der Bundesregierung.“ Sie sagte: „Das Hilfesystem ist in dem sträflichen Zustand und für viele von Gewalt betroffene Frauen gar nicht vorhanden.“ Die wenigen Plätze, die es gebe, seien nicht flächendeckend im Land zu finden. „Und viele Gewaltopfer können oder wollen sich einen Platz gar nicht leisten, wenn sie selbst dazuzahlen müssen, weil die Finanzierung durch Staat und Kommunen so unterschiedlich geregelt ist.“ Sie betonte: „Niemals darf es eine Sache des Geldbeutels sein, ob eine Schutzsuchende Frau für sich und ihre Kinder einen Zufluchtsort findet.“

Linken-Chef Martin Schirdewan betonte: „Der Flickenteppich an Frauenhäusern schadet dem Anspruch eines Schutzraumes massiv.“

„Vor den Bordellen weht schon die Uefa-Fahne“

Wegen der Fußball-Europameisterschaft befürchtet die Politik einen starken Anstieg der Zwangsprostitution. Nun werden mehr Kontrollen während der EM gefordert.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Schon anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 wiesen Experten auf eine Zunahme von Prostitution und Zwangsprostitution hin. Nun startet Ende nächster Woche die Fußball-Europameisterschaft (EM). „Vor Bordellen in Deutschland weht neben der Deutschlandfahne bereits die Uefa-Fahne“, warnt die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Leni Breymaier. Die Sorge in der Politik ist groß, dass die Fußball-EM zu einer Leidensgeschichte für viele Frauen werden könnte. Zumal es aus Kreisen der Sicherheitsbehörden heißt, die Ressourcen seien insbesondere auf den Komplex der Terrorabwehr und der Sicherheit rund um die Spiele ausgerichtet.

In der kommenden Woche wird sich der Bundestag mit dem Thema beschäftigen. So hat der „Parlamentarische Ausschuss für Prostitution und Pornografie“ zur Diskussion über ein „Sexkaufverbot“ mit Blick auf

die nahenden Olympischen Spiele in Paris und die EM eingeladen. Breymaier, Gründerin des Kreises, betont: „Die Fußball-Europameisterschaft der Männer ist vor allem ein Fest für Männer. Und ein Teil dieser Männer lässt Frust oder Freude gerne in der Benutzung von Frauen raus.“ So werde im Ausland in einschlägigen Artikeln dafür geworben, „wie einfach und legal es ist, in Deutschland Frauen zu kau-

fen. Also Bordellbetreiber rechnen auf alle Fälle mit einer Zunahme des Geschäfts“, so die SPD-Politikerin.

Schon im März 2006 hieß es in einer Entschließung des Europäischen Parlaments zur Zwangsprostitution im Rahmen internationaler Sportereignisse, „dass die Erfahrung gezeigt hat, dass bei jeder großen Sportveranstaltung, bei der viele Menschen zusammenkommen, ein spektakulärer befristeter Anstieg der



In der Politik ist die Sorge groß, dass die Fußball-EM in Deutschland zu einer Leidensgeschichte für viele Frauen werden könnte. In der kommenden Woche wird sich der Bundestag mit dem Thema beschäftigen

FOTO: DITTRICH/DPA

Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen zu verzeichnen ist“.

Breymaier findet klare Worte: „Ich erwarte von den Sicherheitsbehörden auch eine verstärkte Kontrolle der Prostitutionsstätten. Es gibt eine rechtliche Handhabe gegen Zwangsprostitution, die meiner Meinung nach nicht ausreichend ausgeschöpft wird.“ Von möglichen Freiern fordert Breymaier „ein Moment des Nachdenkens, bevor man eine Frau zur Benutzung auswählt: Kann sie das jetzt wollen oder wird sie dazu gezwungen?“

Auch Dorothee Bär (CSU), Fraktionsvize der Union, ist sich sicher: „Um den Bedarf zu decken, werden Frauen dafür zu tausenden aus den ärmsten Ländern an die Austragungsorte in Deutschland gebracht.“ Zuhälter und Menschenhändler machten ihnen oft falsche Versprechungen und „verdienen sich dann eine goldene Nase. Für diese Frauen wird die EM die Hölle sein, ähnlich wie die WM 2006“, so Bär zu unserer Redaktion. Das liege

aber nicht am Sport, sondern daran, dass die Prostitutionsgesetze nicht greifen würden und die Ampel dagegen nichts unternehme.

Die familienpolitische Sprecherin der Union, Silvia Breher (CDU), ergänzt, man habe bereits einen konkreten Vorschlag vorgelegt – und zwar nach dem Vorbild des „Nordischen Modells“. Zu diesem Modell „zählt nicht nur die Etablierung einer Freierrückführung für den Kauf sexueller Dienstleistungen, über die bereits viel diskutiert wurde, sondern vor allem die Förderung und der Ausbau von Präventions- und Ausstiegsangeboten“, erklärt Breher.

Cornelia Möhring, Sprecherin für Menschenrechte der Linken-Gruppe im Bundestag, sieht die Sache etwas anders: „Dass es bei einer Großveranstaltung wie der EM zu einer massenhaften Zunahme von Prostitution und Zwangsprostitution kommt, lässt sich empirisch nicht belegen und ist eine Zeitungssente.“ Schon die bei der Fußballwelt-

meisterschaft (WM) 2006 grassierende Zahl „von 40 000 Sexarbeiterinnen aus dem Ausland waren nicht mehr als ein Mediengericht“, so Möhring. Solche Gerüchte dienen nur dazu, „Sexarbeit mit dem Schreckgespenst der massenhaften Zwangsprostitution weiter zu kriminalisieren“. Die Linke weiter: „Fußballfans kommen nach Berlin, um Fußball im Stadion zu erleben, nicht Sexarbeiterinnen im Bordell.“

Eines ist auf alle Fälle klar: „Die EM wird alle Polizeibehörden in Deutschland extrem fordern“, betont der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jochen Kopelke. Begleiterscheinung sei auch eine veränderte Kriminalitätssituation. „Wir werden mit Sicherheit eine aktive Szene der organisierten Kriminalität in den Bereichen Drogenhandel und Prostitution beobachten“, so Kopelke. Fakt sei aber auch: „Für eine effektive Bekämpfung dieser kriminellen Begleiterscheinungen brauchen wir Ressourcen.“ Und die fehlen offenbar.

Debatte über Messerverbote und Abschiebungen nimmt Fahrt auf

Eine Woche nach dem Terrorakt von Mannheim wird bundesweit über Konsequenzen diskutiert. Messerverbotzonen sind ebenso im Gespräch wie Abschiebungen.

VON JAN DREBES UND PHILIP ZEITNER

BERLIN Als Reaktion auf das brutale Messer-Attentat eines Afghanen gegen islamkritische Aktivisten und einen Polizisten in Mannheim wird nun über die mögliche Umsetzung geforderter Konsequenzen diskutiert. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) hat sich dafür ausgesprochen, Waffenverbotszonen bundeseinheitlich zu regeln und das Waffenrecht insgesamt zu verschärfen.

Dirk Peglow, Vorsitzender des BDK, sagte unserer Redaktion, die bisherigen Erfahrungen mit entspre-

chenden Zonen seien positiv. „Jedes Messer, das im öffentlichen Raum aus dem Verkehr gezogen wird, ist ein Erfolg“, so Peglow. Es sei hilfreich, dass die Polizei in begrenzten Räumen die Möglichkeit habe, verdachtsunabhängig zu kontrollieren.

Das Waffenrecht gleichzeitig zu verschärfen sei sinnvoll, so Peglow: „Ich würde das unterstützen, wenn klar ist, dass im öffentlichen Raum in Deutschland kein Messer mitgeführt werden darf.“ Natürlich müsse es Ausnahmen geben, etwa für Handwerker, die beruflich ein Messer benötigen oder für den Fall, dass jemand ein verpacktes Küchenmesser kauft und nach Hause bringt. Durch eine einheitliche Regelung werde auch die Komplexität des Waffen-

rechts gemindert, durch die kaum ein Bürger wisse, was erlaubt ist und was nicht, so Peglow.

Beim Deutschen Städte- und Gemeindebund sieht man das ähnlich. Hauptgeschäftsführer André Berghegger sagte auf Anfrage: „Waffenverbotszonen können ein wichtiger Baustein in einem Maßnahmenkatalog sein, um die Sicherheit in bestimmten Bereichen von Kommunen zu verbessern.“ Die Evaluation einer Waffenverbotszone in Leipzig zeige aber, dass deren Einrichtung nicht zwangsläufig für ein besseres Sicherheitsgefühl der Bevölkerung Sorge, so Berghegger. Die Wirksamkeit hänge massiv von der „Kontrolldichte und den personellen Kapazitäten der Polizei ab“.

Auch deshalb pocht man beim Bund Deutscher Kriminalbeamter auf Prävention. Entscheidend sei neben weiteren Verbotszonen auch, dass Angriffe mit Messern und anderen Waffen schon frühzeitig verhindert werden. Dafür müsse Präventivarbeit geleistet und besonders Sozialarbeiter und „Streetworker“ gestärkt werden, die vorweg mit Jugendlichen und Heranwachsenden ins Gespräch kommen, sagte Peglow. „Die Länder sind gefordert, Konzepte aufzusetzen, mit denen jungen Menschen erklärt wird, dass die Gefahr des Einsatzes groß ist, wenn man ein Messer dabei hat“, so Peglow.

Unterdessen wird die Forderung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach Abschiebungen von Schwerst-

kriminellen etwa nach Afghanistan in der eigenen Regierung kontrovers gesehen. Während Innenministerin Nancy Faeser (SPD) ankündigte, in



Blumen und Kerzen sind am Freitag auf dem Marktplatz in Mannheim zu sehen, wo dem bei einem Messer-Attentat getöteten Polizisten gedacht wurde.

FOTO: BERND WEISSBROD/DPA